

## Schwere Sicherheitsbedenken an Schweißnähten im AKW Temelin

Internationale Konferenz fordert am EURATOM-Jahrestag Untersuchung in Temelin und Stopp neuer Atomkraftwerke.



Foto von links nach rechts Dieter Majer, Brigitte Artmann, Sylvia Kotting-Uhl.

**München, 25. März 2017.** An der Temelin-Konferenz in München - an der auch der stellvertretende Landrat, Klaus Jeggle, und Kreisrätin Halo Saibold für das Passauer Land teilgenommen haben, äußerte Dieter Majer, ehemaliger technischer Leiter der Atomaufsicht des Bundesumweltministeriums, Bedenken an allen Schweißnähten im Primärkreislauf von Temelin<sup>1</sup>. Sein Fazit auf der Münchner Temelin Konferenz: „Ein großer Teil der erforderlichen Dokumentation kann nur herstellungsbegleitend belastbar erstellt werden. Wurde dies versäumt, so ist die erforderliche Qualität der betroffenen Schweißnähte nicht gewährleistet.“

„Die behördliche Aufklärung verläuft bislang viel zu zäh und auch das immer nur auf Druck von außen. Das Bundesumweltministerium hat sich nach anfänglichem positivem Engagement leider in intransparente Untätigkeit zurückgezogen.“, ergänzt die grüne Bundestagsabgeordnete und Atomexpertin Sylvia Kotting-Uhl. „Inzwischen sind wir auf einen neuen Widerspruch gestoßen, dem das BMUB trotz expliziter Bitte und konkreter Fragen aus diplomatischer Vorsicht nicht nachgeht. Die bestehenden Zweifel können nur durch gründliche Einsicht in die Dokumentation ausgeräumt werden.“ Sie forderte deshalb die tschechische Atomaufsicht auf, diese dem deutschen Bundesumweltministerium entsprechend der Vereinbarungen des deutsch-tschechischen Atomabkommens zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich hat sie bei der tschechischen Atomaufsicht einen Informationszugangsantrag gestellt.

Dalibor Strasky, der Temelin-Beauftragte der oberösterreichischen Regierung sagte, dass der Betrug an den Schweißnähten im Sekundärkühlkreislauf inzwischen definitiv bestätigt wurde.

Da dieselben Unternehmen und Behörden auch die Schweißnähte im atomaren Bereich überwachen, will die Konferenzorganisatorin und Grünen-Kreisrätin Brigitte Artmann noch vor der Sommerpause eine Petition mit inzwischen mehr als 76.000 Unterzeichnern an die Bundesregierung überreichen, in der gefordert wird die nötige Aktenuntersuchung sofort in Prag zu beantragen.

Anlässlich des EURATOM-Jahrestages waren auf der Konferenz auch die energiewirtschaftlichen Verwerfungen durch neue AKW-Projekte Thema. „Die EU-Kommission hat mit Verweis auf den EURATOM-Vertrag milliardenschwere Subventionen für Hinkley Point C und ein höchst intransparentes Planungsverfahren im Fall von Paks II erlaubt“, sagt Christoph Rasch vom Ökoenergieanbieter Greenpeace Energy, der die Kommission wegen der Hinkley-Subventionen verklagt hat. Die Klage wird derzeit vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verhandelt. „Die neuen AKWs sind nicht nur riskant und unwirtschaftlich, sondern sie verzerren aufgrund ihrer hohen Subventionierung nachweislich den Wettbewerb auf dem Strommarkt und schaden so der Energiewende in Deutschland und Europa“, so Rasch.

Tanja Gaudian von den Elektrizitätswerken Schönau sagte „Wir müssen uns klar machen, dass das Projekt Hinkley Point C im Kern militärisch motiviert ist. Ohne die zivile Atomkraft wären die Bauteile etwa für die britische U-Boot-Flotte so teuer, dass sich das Militär diese nicht mehr leisten könnte und dass es schwierig wäre, Fachkräfte zu finden. Daher sollten wir den Schulterschluss mit der Friedensbewegung suchen und den jungen Ingenieuren zeigen, dass die Zukunft den Erneuerbaren Energien gehört.“

Bereits für den Ostermontag riefen die Veranstalter der Demo „Trommeln gegen Temelin“ auf sich im Grenzort Waidhaus in der Oberpfalz aktiv lautstark zu betätigen. Für den 25.06.2017 warb man für Antiatom Aachen an einer 90 km langen Menschenkette am AKW Tihange teilzunehmen.